

Kleiner Mann, was nun? Gedanken zur großen Koalition

von Brigitte Pick

Die große Koalition steht und wird auch nicht durch eine Mitgliederbefragung der Genossen an der Basis zu erschüttern sein. Die Nation erregt sich nicht über die vermeintlichen Kompromisse der Koalitionäre, sondern über ein Interview zwischen Marietta Slomka und SPD-Chef Siegmund Gabriel, die verfassungsrechtliche Bedenken gegen den Mitgliederentscheid der SPD über den Koalitionsvertrag thematisiert hat. Gabriel hält die Frage für absurd, genau wie CSU Chef Horst Seehofer, der sich als ZDF Verwaltungsrat prompt beim Intendanten empört beschwert.

Nach dem Artikel 38 des GG ist die Befragung auf keinen Fall bindend, denn die Abgeordneten sind nur ihrem Gewissen unterworfen.

So ätzt der Satiriker Dietmar Wischmeyer über die Mitgliederbefragung der Sozialdemokraten, er möchte nicht, dass Pullunder tragende Studienräte als Minderheit über die neue Regierung beschließen. Er hält das für einen Skandal nicht für mehr Demokratie.

„Es ist ehrlich, wenn die Koalitionäre ihr aktuelles Projekt in der zeithistorischen Verlängerung der Agenda 2010 sehen. Durch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme (vor allem Alterssicherung und Gesundheit) sowie die Entfesselung des Kapitalmarktes und des Finanzsektors konnte die Deutschland AG mit ihren Regularien der organisierten Lohnarbeit und korporatistischen geprägten Machtverhältnissen für den Turbokapitalismus geöffnet werden.“¹

- Der Mindestlohn von 8,50 Euro soll uneingeschränkt erst 2017 kommen. Derzeit gibt es laut der Hans-Böckler-Stiftung 41 Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und DGB-Gewerkschaften mit unteren Tariflöhnen unter 8,50 Euro. Werkverträge sollen besser kontrolliert und Leiharbeit zeitlich begrenzt werden. Der verschobene Mindestlohnsatz wird durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten entwertet.
- Die Renten in Ost und West bleiben ungleich. Nach 45 Beitragsjahren kann man schon mit 63 in Rente gehen, bis 2030 steigt das Alter unabhängig von den Beitragsjahren wieder auf 65. Die „solidarische Lebensleistungsrente“ gegen Altersarmut soll voraussichtlich 2017 kommen und nach 40 Beitragsjahren 844 Euro im Westen und 722 im Osten betragen. Die gebrochenen Erwerbsbiografien in Ost

1 Joachim Bischoff / Richard Detje / Björn Radke
Für »große Herausforderungen« und »kleine Leute«? in Sozialismus Aktuell Heft Nr.12 „2013

und West werden die Altersarmut nicht aufhalten. Mehr Konjunktiv gibt es übrigens kaum.

- Das Gesundheitssystem bleibt wie es ist, ein Zwei-Klassen-System. Die Arbeitgeber beteiligen sich mit 7,3% am Krankenversicherungsbeitrag, Arbeitnehmer und Rentner müssen künftige Erhöhungen alleine stemmen.
- Der Optionszwang für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern entfällt zukünftig. Eine doppelte Staatsbürgerschaft für alle wird es nicht geben.
- Die umstrittene Maut wird kaum kommen, die populistische Forderung der CSU wird eher als ein Prüfauftrag verstanden.
- Den bundesweiten Ausbau von Ganztagschulen wird es nicht geben. Bildung bleibt Ländersache. Der Bund stellt 6 Milliarden mehr zur Verfügung. Das ist weniger als für den Substanzerhalt notwendig.
- Die Vorratsdatenspeicherung liegt bei mindestens 6 Monaten, auch ohne konkreten Verdacht gegen die abgehörte Person.
- Bei der Energiewende drängen die Marktgesetze in den Vordergrund. Stromerzeugung und Verteilung reguliert der Markt, d.h. Großanbieter, nicht die intelligente Lösung dezentraler, kleinteiliger Energieversorgung, z.B. durch Kommunen. Die Wende verschiebt sich nach hinten.
- Die Mieten sollen bei 15 % Erhöhung in drei Jahren gedeckelt werden. Auch das kann der prekär Beschäftigte nicht stemmen.
- Der Abbau der Staatsschulden soll ohne Steuererhöhungen für die Reichen erfolgen. Der Eingriff in Verteilungsverhältnisse steht nicht auf der Agenda.



Ob die SPD mit ihm anders drauf wäre?

©Foto: her-life.com / www.pixelio.de

Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland so groß wie in kaum einem westeuropäischen Industrieland. 4,1 Millionen regulär Beschäftigte bekommen weniger als 8,50 Euro. Es gibt 5 Millionen Minijobber, und das wird sich kaum ändern, solange die deutsche Wirtschaft davon so gut profitiert.

Die Wirtschaftsverbände und Teile der Ökonomen sehen schwarz und sehen den Koalitionsvertrag unverhohlen als zu stark auf die Interessen des gesellschaftlichen Ausgleichs gerichtet.

Der Vertrag ist eine Option, was die Realität bringt, liegt im Ungefähren.

500 der reichsten Deutschen haben in den vergangenen drei Jahren ihr Vermögen auf 528 Millionen Euro vermehrt, und das geht nicht durch eigene Arbeit. Es findet ein Klassenkampf von oben statt, den Warren Buffett mehrfach beschrieb: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen“.²

Was nun, kleiner Mann?



Über die Autorin

*Brigitte Pick (*1946) studierte in Berlin Geschichte. Von 1969 bis 2005 war sie ohne Unterbrechung im Berliner Schuldienst tätig. 1970 wechselte sie an die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln und übernahm deren Leitung 1983. Seit 2005 ist sie im Ruhestand.*

Veröffentlichungen:

- Pick, B. (2007): *Kopfschüsse. Wer PISA nicht versteht, muss mit RÜTLI rechnen.* Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2011): *Kaktusküsse. Wer »Überflüssige« in der Schule aussortiert, darf sich über Hartz IV nicht beklagen.* Hamburg: VSA-Verlag
- Pick, B. (2013): *Randnotizen aus der 2. deutschen Republik.* Kindle Edition

Kontakt:

brigittepick@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht
www.magazin-auswege.de
auswege@gmail.com

² Original engl.: "There's class warfare, all right, [...] but it's my class, the rich class, that's making war, and we're winning." - Warren Buffett im Interview mit Ben Stein in New York Times, 26. November 2006